

Die Abrechnung im Haftpflichtschadenfall ? Ersatz von Umsatzsteuer bei Neuanschaffung eines...

Beigesteuert von Rechtsanwalt RÄ¼diger D. Weichelt
Freitag, 24. Juni 2011

Mittlerweile hat sich auch bei den Haftpflichtversicherern die Erkenntnis durchgesetzt, dass bei der Regulierung eines Haftpflichtschadens der im...

Mittlerweile hat sich auch bei den Haftpflichtversicherern die Erkenntnis durchgesetzt, dass bei der Regulierung eines Haftpflichtschadens der im Gutachten ausgewiesene Umsatzsteueranteil des (Brutto-) Wiederbeschaffungswerts auch dann zu ersetzen ist, wenn der GeschÄ¼digte ein vergleichbares Ersatzfahrzeug zu einem gleichen oder hÄ¼heren Preis erwirbt, vgl. hier insbesondere BGH, Urt. v. 01.03.2005, Az.: VI ZR 91/04.

Wesentlich schwieriger stellt sich jedoch die Rechtslage und auch die Anspruchsdurchsetzung bei der gegnerischen Haftpflichtversicherung dar, wenn der GeschÄ¼digte im Anschluss an den Verkauf seines Unfallfahrzeugs lediglich einen Leasingvertrag Ä¼ber ein Ersatzfahrzeug abschlieÄ¼t.

Obgleich auch in diesem Fall bei nicht vorsteuerabzugberechtigten Personen nachweislich Umsatzsteuer auf die einzelnen Leasingraten anfÄ¼llt, stellte sich die eine oder andere Versicherung auf den Standpunkt, fÄ¼r den Anspruch auf Ersatz von Umsatzsteuer sei hierbei nicht auf den Leasingnehmer, sondern vielmehr auf die Person des Leasinggebers abzustellen. Das es sich bei dem Leasinggeber in fast 100 Prozent der FÄ¼lle um vorsteuerabzugsberechtigte Personen handelt, nahm man dabei gerne in Kauf.

Vor diesem Hintergrund ist das nunmehr ergangene Urteil des AG Wernigerode vom 16.03.2011, Az.: 10 C 833/10 als bemerkenswert zu beurteilen, beseitigt es doch eine in diesem Bereich bestehende Rechtsunsicherheit und Ä¼ sorgt fÄ¼r eine erleichterte Anspruchsdurchsetzung im Haftpflichtschadenfall.

Das Gericht stellte in diesem Zusammenhang fest, dass der GeschÄ¼digte bei Erwerb eines Leasingfahrzeugs die auf die einzelnen Leasingraten gezahlte Umsatzsteuer grundsÄ¼tzlich bis zur HÄ¼he der Umsatzsteuer verlangen kann, die bei der Reparatur oder beim Kauf eines entsprechenden Ersatzfahrzeugs angefallen wÄ¼re.

Dieser Anspruch entstehe jedoch lediglich ?pro rata temporis?, so dass sich der richtigerweise auf Freistellung lautende Antrag erst nach einem Zeitablauf mit tatsÄ¼chlicher Entrichtung der Leasingraten in einen Zahlungsanspruch wandle.

DiesbezÄ¼glich ist es demnach ratsam, eine gerichtliche Durchsetzung des Anspruchs auf Erstattung restlicher Umsatzsteuer erst dann in ErwÄ¼gung zu ziehen, wenn die aufgrund der Leasingraten verauslagte Umsatzsteuer den auf den Reparaturkostenbetrag entfallenden Umsatzsteueranteil erreicht.

Erst nach diesem Zeitablauf kann der vollstÄ¼ndige Schadensbetrag als Zahlungsklage geltend gemacht und durchgesetzt werden und bietet gegenÄ¼ber dem lediglich auf Freistellung gerichteten Antrag insbesondere in vollstreckungsrechtlicher Hinsicht wesentliche Vorteile.

Gerade bei einer derartigen Sachlage wird jedoch eine restlose Durchsetzung der berechtigten SchadensersatzansprÄ¼che nur mit Hilfe einer fachkundigen anwaltlichen Beratung mÄ¼glich sein.

Lesen Sie mehr in der Original-Quelle ...